

Die Zukunft der Gewerkschaften : ein skeptischer Blick von aussen

Autor(en): **Maurer, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft [1]: **Arbeitsfrieden - Realität eines Mythos : Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit - Geschichte, Krise, Perspektiven**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652619>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Zukunft der Gewerkschaften — ein skeptischer Blick von aussen

„Nur wer sich wandelt,
kann sich treu bleiben“
W. Biermann

Mit der Krise Mitte der 70er Jahre ist eine Aufschwungsphase zu Ende gegangen und die vielbeschworene Sozialpartnerschaft hat derbe Sprünge erhalten. Dem Keynesianismus — wesentlicher, wenn auch nicht einziger Pfeiler des herrschenden politischen Konsens — wurde abgeschworen. Trotz der Krise des Spätkapitalismus haben sich aus linker Perspektive keine politisch tauglichen Alternativen aufgetan. Die Gewerkschaften stehen mit dem Rücken zur Wand und verteidigen, was es noch zu verteidigen gibt. Die politische Linke sieht sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, eine wirtschaftspolitische Antwort auf die ‚Wende‘ zu entwickeln, aus welcher sich konkrete Handlungen innerhalb des Kapitalismus ableiten lassen. Eine überzeugende Alternative zum Kapitalismus wurde ebensowenig formuliert wie eine klare linke Politik im Kapitalismus (1).

Mit den ökologischen und ‚alternativen‘ Vorschlägen ist mittlerweile wieder etwas mehr ‚konkrete Utopie‘ und damit Schwung in die Diskussion gekommen. Die Vorschläge der gewerkschaftlichen Linken bleiben jedoch defensiver Natur. Was die Wirtschafts- und Sozialpolitik betrifft entstammen sie dem Arsenal des Korporatismus der Wachstumsepoche (2). Im wesentlichen laufen sie auf eine Stärkung des staatlichen Einflusses sowohl im regulativen (Sozialwesen, Arbeitsmarktpolitik) als auch im fiskalischen Bereich (Beschäftigungspolitik durch Globalsteuerung, aktive Struktur- und Regionalpolitik) hinaus. Auch wenn mit Fug und Recht bezweifelt werden darf, dass die keynesianische Nachfragepolitik (und noch viel weniger die keynesianische Theorie) tot ist, können diese politischen Rezepte in der Form der 60er Jahre nicht einmal dort kritiklos übernommen werden, wo die Kommunikationsformen zwischen Gewerkschaften, Staat und Unternehmer am wenigsten gelitten haben.

Angesichts der verstopften Kommunikationskanäle, angesichts der angegriffenen und teilweise sich im Abbau befindlichen vertraglichen und gesetzlichen Regelungen zur sozialen Sicherheit, angesichts der fortschreitenden Zerstörung des ökologischen Systems, dessen Zustand wohl am dringlichsten nach einer Alternative (oder zumindest einer radikal modifizierten Version) zur althergebrachten Vollbeschäftigungspolitik ruft (3), angesichts all dieser Herausforderungen stellt sich die Frage: wo muss eine gewerkschaftliche Politik ansetzen, will sie gestaltend und nicht nur abwehrend, gesellschaftlich umfassend, und nicht nur partiell sein?

Die Grundlagen einer Gewerkschaftspolitik

Die Neuformulierung einer Gewerkschaftspolitik muss die bedeutendsten Änderungen sowohl ihrer eigenen (potentiellen) Mitgliedschaft, als auch des gesamtgesellschaftlichen Umfelds in als feststehenden Tatbestand (und weniger als beeinflussbare Grösse) einbeziehen. Die zwei bedeutendsten Änderungen seien hier angeführt:

- Die Gewerkschaften sehen sich mit einem Schwinden ihrer traditionellen Basis konfrontiert. Verschärft wird das Problem noch durch die anhaltende Teilung der Arbeiterschaft nicht nur in Arbeitende und Arbeitslose, sondern auch in gutausgebildete, gutbezahlte Arbeitnehmer mit einem relativ sicheren Arbeitsplatz und schlechtbezahlte, an- oder ungelernete Arbeitnehmer, welche ihre Stelle schneller wieder verlieren (4). Zudem hat das Bewusstsein abgenommen, dass nur ‚Einigkeit stark macht‘. Die Tradition, Gewerkschaftsmitglied zu sein, ist am Verschwinden. Wohl noch schlimmer wird sich für die Organisationsbemühungen das Trittbrettfahrerverhalten auswirken. Man gibt sich bürgerlich oder geht zumindest auf Distanz zu den Gewerkschaften — der individuellen Karriere förderlich —, profitiert aber von Arbeitszeitverkürzungen, Sozialleistungen und vertraglichen Regelungen, ja sogar von den Lohnverhandlungen.
- Neue Anspruchsgruppen, welche eine linke Politik definieren, dabei aber nicht auf die traditionellen Forderungen der Arbeiterschaft fixiert sind, da sie deren Mittel und Ziele nicht akzeptieren, werden den Führungsanspruch der Gewerkschaften im wirtschaftlichen und politischen Bereich bestreiten. Das Selbstverständnis, mit dem die Gewerkschaften bisher als fortschrittliche Kraft akzeptiert wurden, wird zunehmend einer kritischen Distanz weichen. Die Gewerkschaften werden zukünftig Teil, und nicht mehr dominierender Teil, der ‚neuen sozialen Bewegungen‘ sein.

Die Gewerkschaften stehen in ihrer Neuorientierung zwischen zwei Polen. Die Wahrung des erreichten Besitzstandes und eines Systems sozialer Sicherheit werden weiterhin zentrale Forderungen bleiben und bleiben müssen. Dies alleine kann schon zu einer Zerreissprobe werden, denn nicht einmal bei diesen Forderungen stimmen die Interessen der verschiedenen Teile der Arbeiterschaft überein. Noch viel weniger gilt dies bezüglich ökologischen Zielsetzungen oder Arbeitszeitformen. Noch stärker werden die Interessen zwischen Gewerkschaften und der nicht-gewerkschaftlichen Linken auseinanderklaffen. Neue Themen müssen in die gewerkschaftliche Politik einbezogen und traditionelle Positionen überdacht, ja sogar aufgegeben werden. Eine Neuorientierung muss sowohl den Einbezug verschiedener Segmente der Arbeiterschaft — etwa Angestellte, ‚High-Tech Berufe‘, Facharbeiter und ungelernete Arbeiter — als auch den Brückenschlag zu ausserhalb stehenden Anspruchsgruppen erlauben. Sonst bleiben den Gewerkschaften zwei Möglichkeiten: Das Verharren in einer wohl klassenkämpferischen, aber letztlich inflexiblen Position mit immer grösseren Schwierigkeiten, realpolitisches Gewicht zu erhalten (5) oder das Finden einer neuen Form des Konsens mit der Unternehmerschaft unter Preisgabe der Identität. Beides hat im besten Falle

die Marginalisierung zur ‚pressure group‘ für die Interessen der eigenen Mitgliedschaft zur Folge. In beiden Fällen müssen die Gewerkschaften damit rechnen, dass ihnen die Linke in wichtigen Fragen die Gefolgschaft verweigert. Die Parole ‚Klassenkampf statt Arbeitsfrieden‘ mag zwar einige Konservative erschrecken. Die meisten hingegen wird sie beruhigen: Mit solchen Freunden brauchen die Gewerkschaften wahrlich keine Feinde. Denn damit wird eine anachronistische Polit-Strategie postuliert, die keine politische Wirkung hat. Umgekehrt wird die ‚Arbeitsfrieden statt Klassenkampf‘-Parole nicht begeistern können. Mit solchen Freunden brauchen die Gewerkschaften Feinde, wollen sie noch gesellschaftsverändernde oder auch nur -gestaltende Kraft bleiben.

Ein Zusammengehen mit jenen Anspruchsgruppen, welche sich als Ansprechpartner der Gewerkschaften verstehen, sich auf eine Zusammenarbeit jedoch nicht um jeden Preis einlassen, wäre in beiden Fällen unrealistisch. Es gibt keine natürliche Zielharmonie zwischen den Interessen der verschiedenen Teile der Arbeiterschaft und noch viel weniger zwischen den oft engen ökonomischen Interessen der Gewerkschaften und den weiteren gesamtgesellschaftlichen Interessen, wie etwa den ökologischen Zielen, der Forderung nach einer gerechteren weltwirtschaftlichen Verteilung von Einkommen und Entwicklungspotentialen, der Forderung nach gleichen Rechten für Mann und Frau oder für eine neue Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau (6).

Düstere Zeiten für die Gewerkschaften? Wenn nur die Wahl zwischen Klassenkampf und Arbeitsfrieden bleibt — ja, dann sieht’s in der Tat bedenklich aus. Hat der Mohr seine Schuldigkeit getan und kann gehen? Mitnichten — wie jedoch die Zukunft der Gewerkschaften aussieht, hängt davon ab, wie die nächsten Schritte nach vorne aussehen und ob sie gemacht werden.

Im Dilemma zwischen Kritik an der Marktwirtschaft und Kritik am bürgerlichen Staat

Die Ablösung des alten Korporatismus und die nötige Neuorientierung machen in erster Linie auch ein Überdenken des Verhältnisses von Staat und dezentralisiertem Entscheidungssystem, gemeinhin Markt genannt, nötig. Pierre Rosanvallon fordert, die Gleichsetzung Staat = soziale Dienstleistung = nicht-kommerziell = Gleichheit und private Dienstleistung = Markt = Profit = Ungleichheit aus unseren Köpfen zu verbannen (s. Bierter 1984, 13). Gewerkschaftliche Politik muss diese Gleichungen neu definieren. Dies wird nicht mit einer verbalen Radikalisierung der alten Zusammenhänge möglich sein.

Das Absterben des Staates als Bedingung der Emanzipation des Menschen ist mitnichten eine These, die dem modernen Zeitgeist der Individualisierung entspringt (7). Sie war schon prominenter Bestandteil des Marx’schen Theoriegebäudes. Dass die wahre individualistische Verwirklichung der Persönlichkeit erst im Sozialismus möglich sei, hat schon Schumpeter anerkannt. Eine linke Politik muss sich die Frage stellen, ob und gegebenenfalls wo es in ‚Staat‘ und ‚Markt‘ Freiräume zur Verwirklichung der Persönlichkeit gibt.

Solche Fragen blieben bisher aus. Es ist Zeit, sie zu stellen und zu beantworten. Bis anhin wurde der Staat faktisch als ‚kleineres Uebel‘ angesehen, auch wenn die eigene Staatstheorie dies gar nicht rechtfertigte. Damit hat man sich eine freiheitlichere Konzeption der Übergangsgesellschaft und des Sozialismus verbaut.

Die Stärkung des Staates im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich hatte historisch durchaus ihre Berechtigung. Die Dialektik gewerkschaftlichen Handelns bringt es jedoch mit sich, dass erfolgreiche Gewerkschaftspolitik die Grundlagen verändert, auf denen dieses Handeln erfolgreich war (8). Die neue Phase, die mit dem Zusammenbruch der Wachstumsphase begann, bedingt auch ein neues Ueberdenken des Verhältnisses von Staat und Markt. Das dezentralisierte Entscheidungssystem wird nämlich in weiten Bereichen eher fähig sein, die Interessen der ‚progressiven Koalition‘ zu vermitteln als der bürgerliche Staat. Sie bedingt aber auch neue gewerkschaftliche Organisationsformen und Strategien.

Die alternativen Gruppen haben den Gewerkschaften den Mut zur Formulierung einer neuen Politik zumindest teilweise voraus. Sie brechen die eingefahrenen Argumentationsmuster auf, indem sie politische Alternativen aufzeigen, welche die obigen Gleichungen neu definieren. Diese mögen teilweise blauäugig anmuten und für die Gewerkschaften noch wenig hergeben. Deren misstrauische Position ist daher verständlich (9). Die Diskussion zeigt allerdings auch, dass die Gewerkschaften den Anspruch, alleiniges oder auch nur wichtigstes Subjekt einer linken Politik zu sein, einbüßen oder schon eingebüßt haben. Die linken Gewerkschafter werden nicht umhin kommen, diese Themen aufzunehmen und auf die neuen Positionen einzugehen.

Die Vorschläge der alternativen Gruppen zeigen ein neues Verständnis des progressiven Potentials eines dezentralisierten Entscheidungssystems (und des repressiven Potentials des Staates). Dies scheint sie bei der traditionellen Linken suspekt zu machen. Die Position der alternativen Gruppen steht hier aber auf sicheren Füßen. Es ist die traditionelle Linke, welche ihre Position zum Verhältnis von Staat und Markt überdenken muss. Unbestritten dürfte sein, dass die Hauptfunktion des bürgerlichen Staates die Herstellung und Verteidigung der Akkumulationsbedingungen ist. Demselben Staat wird auch zugemutet, die negativen Auswirkungen genau dieser Akkumulation zu beheben. Gegeben das Wirtschaftssystem und die hegemoniale Stellung des Bürgertums wird der zweite Anspruch an den Staat nur soweit eingelöst werden, als er nicht in offenen Widerspruch zum ersten gerät. Auch eine politische Mehrheit der Linken kann keine Politik durchsetzen, welche der Linderung der negativen Auswirkungen der kapitalistischen Akkumulation die Priorität gegenüber der Akkumulation selbst garantiert — was das Hauptargument jeder linken Kritik an sozialdemokratischen und sozialistischen Regierungen bildete. Die Vorschläge der links der Sozialisten sich befindenden Parteien kommen inhaltlich jedoch nicht über diese Position hinaus, auch wenn dies mit radikaler Formulierung und einer Strategie des ‚Mehr vom Gleichen‘ verdeckt werden sollte. Die Krise des Fiskalstaates war nicht nur eine Krise des Spätkapitalismus, sondern auch eine Krise der linken Wirt-

schaftspolitik im Spätkapitalismus.

Die Forderung nach stärkeren staatlichen Kontrollmassnahmen und Einflussmöglichkeiten — von aktiver Konjunkturpolitik bis zu Subventionierung und Verstaatlichung — entstammen der Überzeugung, dass die durch eine zunehmende wirtschaftliche Konzentration gekennzeichnete Wirtschaftsstruktur ökonomische und politische Machtasymmetrien begründet, welche systematisch gegen die Interessen der Arbeiterschaft, gegen die Konsumenten, gegen die Bevölkerung als Ganzes ausgenutzt werden können. Die wirtschaftlichen Wirkungen solcher Machtpositionen wurden von Welzk analysiert (Welzk 1986) und auch Tschäni's Belege auf seine rhetorische Frage, wer die Schweiz regiere, zeigen, dass es in dieser Frage keinen ‚Sonderfall Schweiz‘ gibt.

Das öffentliche Gewicht wirtschaftlich mächtiger privater Unternehmungen steht im krassen Kontrast zu den minimalen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Kontrolle. Die Linken folgern daraus, dass nur die staatliche Macht das gesamtgesellschaftliche Interessen gegen diese „quasiöffentlichen“ (P. Ulrich) Unternehmungen durchsetzen könne. Der Staat muss den Marktmechanismus beeinflussen, da dieser unbefriedigende Auswirkungen hat. Daraus lässt sich wohl folgern, dass die regulative, staatliche Funktion gegen die Konzentration gegen den ‚Monopolkapitalismus‘ — benutzt werden muss. Es ist nicht einsichtig, wie der Staat gegen den wichtigsten Teil seiner wirtschaftlichen Basis vorgehen sollte. Man bekommt den Eindruck, gewisse Linke wollen hier den Bock zum Gärtner machen.

Mit der Kritik an der Verflechtung von wirtschaftlicher und politischer Macht ist ja nicht widerlegt, ja nicht einmal angesprochen, ob und inwieweit nicht der Marktmechanismus fortschrittlichen Postulaten entgegenkommen kann. Es heisst, das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn aus der Tatsache, dass die kapitalistische Marktwirtschaft entscheidende Bedürfnisse nicht befriedigen kann, geschlossen wird, der Marktmechanismus sei der natürliche Verbündete einer konservativen Politik.

Ein Überdenken des Verhältnisses der Linken zu Staat und Markt setzt vorerst zwei Erkenntnisse voraus. Erstens weicht die kapitalistische Marktwirtschaft von wesentlichen Grundvoraussetzungen der Modellvorstellung eines dezentralisierten Entscheidungssystems ab. Diese Abweichungen sind nicht zufälliger, sondern systematischer Natur (10). Die Kritik am Spätkapitalismus ist damit noch keine Kritik am dezentralisierten Entscheidungssystem. Es gilt, zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und marktwirtschaftlichem oder dezentralisiertem Entscheidungssystem zu unterscheiden. Mit der Kritik der ersteren ist noch keine Position gegenüber dem zweiten formuliert (11).

Dies führt zur zweiten Einsicht. Bürgerliche Wirtschaftspolitik erhebt den Anspruch, den Marktmechanismus zu akzeptieren und ihn womöglich zu verbessern. Die Linken leiten daraus ab, dass mehr Markt auch die Akkumulationsbedingungen für die Unternehmer verbessert. Damit sind sie dem Mehr-Freiheit-weniger-Staat-Slogan auf den Leim gegangen. Es ist nämlich durchaus möglich, dass staatliche Vorschriften, Regelungen und Kontrollen den Marktmechanismus gegen die Profit- und Akkumulationsinteressen der Un-

ternehmer verbessern. Umgekehrt benutzen bürgerliche Wirtschaftspolitiker den Staat dazu, ihre Interessen mit Regulationen, d.h. mit mehr Staat oder mit privaten, aber nicht-marktwirtschaftlichen Mitteln, zu schützen, gerade weil sie die Herstellung und Verteidigung von bestmöglichen Akkumulationsbedingungen vor Augen haben. Mit anderen Worten: Weder ist staatliche Regulation notgedrungen anti-marktwirtschaftlich noch ist bürgerliche Politik gemäss ihrem eigenem Slogan freiheitlich.

Der Marktmechanismus besitzt ein durchaus fortschrittliches Potential, welches bürgerliche Fraktionen scheuen wie der Teufel das Weihwasser (12). Für eine linke Gewerkschaftspolitik stellt sich demnach die Frage, inwieweit sie dieses nutzen kann als Alternative zur herrschenden Politik der Restauration der kapitalistischen Marktmechanismen. Zu einem Grossteil sind die Antworten nicht abstrakt zu geben, sondern an der einzelnen Fragestellung zu diskutieren. Ein Rahmen und einige Grundzüge einer zukünftigen Gewerkschaftspolitik, die sich dieser Herausforderung stellt, sollen aber aufgezeichnet werden

Für eine gewerkschaftliche Angebotspolitik

Wenn im obigen Kapitel dafür plädiert wurde, die Idee des dezentralisierten Entscheidungssystems nicht kampflos preiszugeben und im Gehalt entleeren zu lassen, so soll hier skizziert werden, in welche Richtung ein „*Themenraub*“ (Wiesenthal) gehen soll. Die Gewerkschaften als Organisationen der Träger des bedeutendsten Produktionsfaktors, der Arbeitskraft, müssen für eine Angebotspolitik ja direkt prädestiniert sein. Nur müssen sie auch bestimmen, was unter ‚Angebotspolitik‘ verstanden werden soll.

Das regulative Moment wird weiterhin Bestandteil einer gewerkschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bleiben. Jedoch muss die weitgehend defensive staatliche Regulation auf den Kopf gestellt und zu einer offensiven Makropolitik umformuliert werden. In dieser müssen Elemente enthalten sein, in welchen auch die neuen sozialen Bewegungen ihre Ziele und Interessen wiedererkennen können. Diese Makropolitik ist durch eine Mikropolitik zu fundieren, welche zum Hauptaugenmerk der gewerkschaftlichen Neuorientierung werden muss.

Unter defensiven Regulationen sollen hier makroökonomische Massnahmen verstanden werden, welche die negativen Auswirkungen des Akkumulations und Entwicklungsprozesses lindern (13) oder sogar aufheben sollen. Oben wurde schon darauf hingewiesen, dass im kapitalistischen System diesen Massnahmen nur ein temporärer und oft geringer Erfolg beschieden sein kann, da der gleiche Staat sowohl die Akkumulationsbedingungen herstellen und sichern, als auch deren Auswirkungen dämpfen muss. Damit werden defensive Regulationen nicht unmöglich, aber ihr Erfolg ist begrenzt. Zudem kann man sich nicht über das Argument hinwegsetzen, dass defensive Regulationsmassnahmen wohl positive Aspekte für einzelne Gruppen haben, aber negativ auf Dritte meistens Arbeitnehmer wirken. In der Schweiz ist die Landwirtschaft das Paradebeispiel der übermässigen Unterstützung einer

Branche auf Kosten Dritter: Jenseits der Landesgrenzen zeigen die strukturellen Massnahmen in der Stahl-, Werft- und Textilindustrie, dass eine Strukturhaltung längerfristig die Lage der Arbeiterschaft nicht wirklich verbessert. Wenn defensive Regulationen befürwortet werden, müssen diese flexibel ausgestaltet werden (etwa durch eine zeitliche Begrenzung, durch Anreizsysteme nach Art der negativen Einkommenssteuer etc.).

Vollbeschäftigungsprogramme, ein weiteres Instrument defensiver Regulation, werden mittlerweile auch in gewerkschaftlichen Kreisen angesichts der umweltpolitischen Problematik differenzierter betrachtet. Bleiben es nicht konjunkturpolitische Programme, so werden sie langfristige Folgen haben, welche mit den ökologischen Forderungen, aber auch anderen Zielen und Positionen in Konflikt geraten können. Subventionen, Exportrisikogarantien und Importzölle sind mit der verbalen Solidarität mit Drittweltländern nicht vereinbar. Solche Defensivregulationen haben ihren Ursprung im alten Korporatismus: Soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung werden gegen sozialen Frieden getauscht. Ergo: Wenn linke Gewerkschafter das Friedensabkommen als einen faustischen Pakt betrachten, wenn die neuen sozialen Bewegungen neue Werte in eine linke Politik einbeziehen wollen, können sie ihre wirtschaftspolitischen Vorschläge nicht auf den alten Defensivregulationen aufbauen. Mit diesen wird kein Schritt vorwärts getan werden können. Anstelle der defensiven muss eine *offensive Regulation* treten, welche eine linke Wirtschaftspolitik definiert.

Unter offensiver staatlicher Regulation kann also die durch den Staat betriebene Aktivierung des progressiven Potentials des Marktes verstanden werden. Deregulation ist nicht nur Abbau der staatlichen Funktionen, sondern auch Abbau von Kartellen und Absprachen. Offensive Regulation beinhaltet Deregulation von Markthindernissen, die einseitig den Akkumulations- und Einkommensbedingungen der Unternehmer zu Gute kommen. Erinnerung sei an das Bierkartell, an das Zementkartell oder an die tagtägliche Praxis des schweizerischen Gewerbes im allgemeinen. Die traurige Debatte im Nationalrat um die Selbstverantwortung zur Vorbeugung von Umweltkatastrophen sagt ja nicht nur einiges über das politische Klima aus, sondern zeigt auch, wie schnell zum Rückzug geblasen wird, wenn eine Regulation z.B. zur Einführung des Verursacherprinzips oder zur Offenlegung von Information — beides marktwirtschaftliche Postulate — zur Debatte steht. Das schweizerische Bankgeheimnis als Riesenprotektionismus für den Finanzmarkt sollte an sich ein Schlag ins Gesicht jedes Marktwirtschaftler sein — genauso wie die Exportrisikogarantie, welche eine Regulation höchsten Ausmasses ist. Die nationalrätlichen Diskussionen um den unlauteren Wettbewerb und die Aktienrechtsrevision haben gezeigt, wie ernst das Bekenntnis zur ‚freien Marktwirtschaft‘ genommen wird. Dass eine der grössten Regulationen auf dem Arbeitsmarkt das Saisonierstatut ist, muss kaum weiter ausgeführt werden (14).

Offensive Deregulation ist aber auch das Mittel, Arbeits- und Freizeit anders, fortschrittlicher zu gestalten. Das Flirten einiger Linken — der Autor inbegriffen — mit der Lockerung von defensiven Regulationen im Bereich der

Arbeitszeitregelung hat seinen Ursprung in derselben Unzufriedenheit mit der starren Ausrichtung auf eine ganz spezielle Lebensweise und -einstellung, welche gesellschaftlicher Reflex der Wachstumsepoche und ihrer Wertstruktur war. Solche Regulationswerke müssen überdacht, redimensioniert und — zeitlich gestaffelt — abgebaut oder umstrukturiert werden. Die Entfremdung mag doch wohl auch mit der Tatsache zusammenhängen, dass es nicht das höchste der Gefühle sein kann, seinen Arbeitstag nach einem schematischen Stundenplan in einem möglicherweise ineffizienten Unternehmen zu verbringen. Gleichförmigem Verhalten auch im Reproduktions- und Konsumbereich wird damit sicher nicht entgegengewirkt, ganz im Gegenteil. Arbeitszeitflexibilisierung kann ja auch viel mehr heissen, als Ausdehnung der Fixierung auf sieben Tage pro Woche. Hier ist zuerst einmal Phantasie gefragt, ohne die eine neue Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik nicht auskommen darf.

Es stellt sich die Frage, was dies alles mit der Neuorientierung einer Gewerkschaftspolitik zu tun hat. Es ist das Dilemma gewerkschaftlicher Tagespolitik, dass sie gegen ein System Politik machen muss, von dem die Gewerkschaftsmitglieder letztlich leben (ob sie wollen oder nicht). Dies hat dazu geführt, dass die Arbeitgeber sich eigene Vorteile mit dem Arbeitsplatzargument kaufen. Letzteres ist eine Seifenblase, denn irgendwer zahlt die Rechnung, sei es in Form überhöhter Preise (wie im Falle der Landwirtschaft), höherer Steuern oder einer geplatzten Illusion (dann nämlich, wenn die Firma — zu Recht oder zu Unrecht — ‚wegen mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit‘ Lohnsenkungen und/oder Entlassungen durchsetzen will). ‚Irgendwer‘ ist auch in diesem Fall der Arbeitnehmer.

Offensive Regulation muss diese Art von Kooperation ausschliessen. Damit fällt für die Gewerkschaften ein Sicherheitsmoment weg. Offensive Deregulation auf der Makroebene setzt voraus, dass im Mikrobereich neue Kontroll- und Mitbestimmungsmechanismen erkämpft werden können. Deshalb wird eine neue, mikroökonomische Ausrichtung von Nöten sein, welche zentraler Teil der gewerkschaftlichen Angebotspolitik sein muss. Die Thematisierung der Produktionsbedingungen — von der Arbeitsplatzsicherheit bis zur Forderung nach Substitution gefährlicher Stoffe, der buchhalterischen Internalisierung von Kosten und der Frage, was nicht mehr zu produzieren ist — kommt eben auch jenen entgegen, welche den traditionellen Forderungen zurückhaltend gegenüberstehen und den alten Korporatismus mehr oder weniger offen ablehnen. Die Kontrolle von Kosten, Innovationen, angewandten Technologien und Umweltverträglichkeit können die Direktbetroffenen besser durchführen als der Staat. Wo dies zu Konflikten zwischen kurzfristigen Arbeitsplatz- und Einkommenszielen und längerfristigen ökologischen und gesellschaftspolitischen Zielen führt, kann und muss dieser wenigstens thematisiert werden. Dies ist möglicherweise der schwierigere Weg, aber auch der vielversprechendere als der bisherige, bei dem solchen Konflikten bis hinein in die Gegenwart ausgewichen werden konnte.

In dem Masse, in dem die Arbeitnehmer höher qualifiziert und die Unternehmer dementsprechend stärker auf das Wissen des Einzelnen angewiesen

sind, wird sich die Mitbestimmung in Produktion, Absatz und Unternehmensstrategie als Forderung aufdrängen.

Die Forderungen sind an sich kaum neu. Sie bedingen jedoch eine neue Ausrichtung: Gewerkschaftliche Politik muss sich wieder weg von der anonymen, schwerfälligeren Makropolitik hin zur Mikropolitik bewegen. Dies wird zugegebenermassen Friktionen zwischen einzelnen Gewerkschaftsverbänden geben. Zwischen den einzelnen Branchengewerkschaften bedingt dies eine nahe Diskussion ihrer Strategie und ihrer Ziele. Aus dieser Perspektive ist am Vertrag zwischen ETA und SMUV weniger dessen Inhalt schockierend, als das Vorgehen des SMUV. Mag der Inhalt einer Vereinbarung noch so progressiv sein — mit einem solchen Vorgehen wird dabei das Vertrauen in die Gewerkschaft als Organisation der Gesamtarbeiterschaft untergraben. Denn wird die politische Formierung der Gewerkschaftspolitik noch tiefer in die Unternehmen verschoben, so werden die potentiellen Spannungen zunehmen und Diskussionen und engere Zusammenarbeit von Nöten sein. Die SMUV Taktik ist dazu ein schlechter Wegweiser.

Der Vorteil des schwierigeren Weges wird eine nähere Identifikation der Arbeiterschaft mit den Gewerkschaften sein. Je näher an der Basis die Politik formuliert werden kann, desto grösser die Möglichkeit der neuen Identifikation. Die Diskussion um Arbeitsbedingungen, neue Technologien und Mitbestimmung setzten diese voraus. Eine Angebotspolitik kann auch leichter auf neue Forderungen von aussen eingehen, kann die Konflikte an den Tag legen, kann darstellen, dass der Widerspruch im Arbeitsprozess sich mit den Widersprüchen in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion verknüpft. Solange die Problemlösung weiterhin nach oben delegiert werden, wird die Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Übergang zu einer neuen Produktionsweise nicht erfüllt sein: Dass die Menschen ihr Schicksal in ihre eigenen Händen nehmen.

Anmerkungen

- 1 Dies hat insbesondere Tourraine 1980, konstatiert. Nove 1983, 1986, und Nuti 1986, haben beide mit Recht auf das Defizit der Linken in der Formulierung einer Theorie des Sozialismus hingewiesen.
- 2 Es geht im folgenden nicht um eine Kritik spezieller Standpunkte, sondern um eine Aufforderung grundsätzlicher Art. Es ist daher durchaus möglich, dass die verschiedenen Positionen nicht von allen Teilen der Linken geteilt werden. Die These ist lediglich, dass keines der verschiedenen Konzepte an sich eine Basis für die Formulierung einer neuen Gewerkschaftspolitik bilden kann, wenn auch einzelne Vorschläge durchaus dazu geeignet sein mögen.
- 3 Einige meinen, diese in Form einer radikal neuen Einkommenspolitik auch schon gefunden zu haben; s. Baumann 1986, für eine kritische Überprüfung dieses Anspruches, bzw. Schmid 1984, zu einer Diskussion der Thesen zum *garantierten Mindesteinkommen*.
- 4 Zur sogenannten Segmentierungstheorie und ihre Relevanz für die Schweiz, s. Lewin 1982.
- 5 Solche Thesen basieren auf Klassentheorien, welche auf Grund ihres hohen Abstraktionsgrades keinen direkten empirischen Gehalt haben können. Damit kann aus ihnen auch keine Handlungstheorie abgeleitet werden (für eine kurze Kritik der

- Klassentheorien siehe Hirsch / Roth 1986, S. 179 – 193). Sylos – Labini, der sich in den frühen siebziger Jahren mit der Klassenstruktur der italienischen Gesellschaft auseinandergesetzt hat, legte kürzlich eine Arbeit vor, in welcher er den analytischen Wert des Klassenbegriffs für die zukünftigen westlichen Gesellschaft äusserst kritisch beurteilt. Hier hingegen soll nur Abschied vom Proletariat genommen werden, um einem neuen Verständnis des „*Entstehen einer neuen Klassenidentität als Lernprozess*“ das Wort zu reden. (zum theoretischen Rahmen siehe Thompson 1980, und Vester 1970).
- 6 Dies im übrigen schon gar nicht mit dem Hinweis, dass die innere Systemlogik des Kapitalismus das Erreichen solcher Ziele prinzipiell verunmöglicht, in einem sozialistischen System diese Ziele aber (aus einer ebensolchen Logik) erreicht werden. Hier lügen sich gewisse Linke in die eigene Tasche: Damit wird ein Anspruch an ein anderes System formuliert, aber noch keine Analyse desselben geleistet. Die Konflikte und Widersprüche werden nicht verschwinden; sie werden ihre Qualität ändern und andere, vielleicht und hoffentlich bessere Konfliktlösungsmechanismen werden möglich sein. Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse und die daraus abgeleiteten Aneignungsprozesse des Mehrproduktes garantieren noch keine Lösung anstehender Probleme, sondern eröffnen nur neue Wege und Möglichkeiten, solche zu lösen.
 - 7 Es ist bedauerlich, dass mit der Angst vor Begriffen wie Individualisierung auch Arbeiten wie etwa Hellers *Theorie der Bedürfnisse* (Heller 1976) vergessen werden. Diese Tradition kann helfen, den latenten Konflikt zwischen Individuum und Gesellschaft theoretisch zu bewältigen. Individualismus ist mitnichten ein bürgerlicher Begriff; es wird vielmehr eine der wesentlichen Herausforderungen an eine linke Theorie sein, einen Individualismusbegriff jenseits des in „*Mikrobindungen (Ehe, Familie, Gruppe, Schicht) vernetzten Massenindividuum*“ (Kappeler) zu bilden.
 - 8 Die Einschätzung von Hicks, dass der Keynesianismus durch seine erfolgreiche Anwendung sich selbst sein Fundament entzog, ist ein durchaus dialektisches Bekenntnis.
 - 9 Siehe dazu die Arbeit von Thiede, Pickard, Helberger 1986, und aus gewerkschaftlicher Sicht die etwas bössartige Kritik von Elsner 1982, sowie die empirische Arbeit von Personn, Tiefenthal 1986.
 - 10 Die marxistische Ökonomie hat die Bewegungsgesetze des Kapitalismus untersucht und damit diese systematischen Abweichungen thematisiert, so etwa den Prozess der Konzentration und Zentralisation, die historische Reservearmee, die Krisenanfälligkeit des Systems auf Grund seiner strukturellen Voraussetzungen und seiner Schwierigkeit der Vermittlung der Produktion und der Realisation. Siehe Morishima 1973, Desai 1979, Harris 1978, Marglin 1984a, 1984b oder Foley 1986 unter vielen anderen.
 - 11 Wer die Literatur über die planwirtschaftlich gesteuerten Systeme kennt, weiss, dass die „effiziente Ressourcenallokation“ in planwirtschaftlichen Systemen dadurch problematisiert wird, dass simultan sich abspielende dezentrale Entscheidungen zu simulieren versucht werden. Zu den entsprechenden Theorien und Kritiken siehe Nove, Nuti 1972, Nove 1983, 1986, und Nuti 1986. Zum Begriff des *Wettbewerbs* in Planwirtschaften siehe Roman 1986.
 - 12 Ich habe gewisse Sympathien mit dem Ansatz von Vogt und mit seiner Charakterisierung der Position seiner Kontrahenten als „*Angst der kritischen Ökonomen vor der Neoklassik*“. Die Diskussion zwischen Vogt, Zinn, Hickel, Altvater u.a. scheint mir recht aufschlussreich (Hickel 1986).
 - 13 Jene staatlichen Aktivitäten, welche zu einem Warenangebot führen, die der Markt gar nicht oder zu einer anderen (lies schlechteren) Qualität produzieren würde, sind hier aus der Diskussion ausgeklammert.
 - 14 Wenn im Sprachgebrauch Deregulation mit Abbau von staatlichen Eingriffen und Vorschriften nur im Medien- und Kommunikationsbereich, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Sozialvorsorge gleichgesetzt wird, dann deutet dies nur daraufhin, wer heute sprachliche Begriffe inhaltlich füllt. Hier tragen aber die Gewerkschaften eine Mitschuld, weil sie es versäumen, diese Begriffe mit ihrer Optik semantisch zu bela-

den. Neben Flexibilisierung ist *Deregulation* wohl jener Begriff, der am dringendsten eines Themenraubes bedarf.

Literatur

- Baumann, H., 1986: Vollbeschäftigung - ein alter Hut?. In: *Widerspruch*, H. 11, 59–66.
- Bierter, W., 1984: Der Sozialstaat vor dem Abbruch. In: *Profil/Rote Revue*, H. 12, 10–15.
- Desai, M., 1979: *Marxian Economics*. Oxford.
- Elsner, W., 1982: Die Alternativen der Alternativbewegung. In: *WSI Mitteilungen*, H. 1, 49–55.
- Foley, D.: 1986: *Money, Accumulation and Crisis*. London.
- Harris, D.J., 1978: *Capital Accumulation and Income Distribution*. Stanford.
- Heller, A., 1976: *Theorie der Bedürfnisse bei Marx*. Berlin.
- Hickel, R. (Hrsg.), 1986: *Radikale Neoklassik*. Opladen.
- Hirsch, J., Roth, R., 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus*. Hamburg.
- Kappeler, B., 1984: Neue Techniken und Gewerkschaften. In: *Widerspruch*, H. 7, 27–29.
- Lewin, R., 1982: *Arbeitsmarkt und Lohnstruktur*. Mimeo. Basel.
- Marglin, S., 1984a: Growth, distribution, and inflation: a centennial synthesis. In: *Cambridge Journal of Economics*, H. 8, 115–144.
- Marglin, S., 1984b: *Growth, Distribution, and Prices*. Cambridge.
- Morishima, M., 1973: *Marx's Economics*. Cambridge.
- Nolan, P., Paine, S. (Hrsg.), 1986: *Rethinking Socialist Economics*. Cambridge.
- Nove, A., 1983: *The Economics of Feasible Socialism*. London.
- Nove, A., 1986: *Planning and Markets*. In: Nolan, / Paine
- Nove, A., Nuti, D.M., 1972: *Socialist Economics*. Harmondsworth.
- Nuti, D.M., 1986: *Economic Planning in Market Economies. Scope, Instruments, Institutions*. In: Nolan, / Paine
- Personn, Ch., Tiefenthal, O., 1986: *Bedingungen und Strukturen alternativer Ökonomie*. Nürnberg.
- Roman, Z., 1986: *Competition and Industrial Organisation in the Centrally Planned Economy*. In: J.E. Stiglitz, G.F. Mathewson (Hrsg.): *New Developments in the Analysis of Market Structure*. Houndmills.
- Schmid, Th. (Hrsg.), 1984: *Befreiung von falscher Arbeit*. Berlin.
- Thiede, R., Pickard, S., Helberger, Ch., 1986: *Arbeit und Einkommen in der alternativen Wirtschaft*. In: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 201, H. 6, 619–641.
- Thompson, E.P., 1980: *Das Elend der Theorie*. Frankfurt.
- Tourraine, A., 1980: *L'après socialisme*. Paris.
- Ulrich, P., 1977: *Die Grossunternehmung als quasi-öffentliche Institution. Eine politische Theorie der Unternehmung*. Stuttgart.
- Vester, M., 1970: *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess*. Frankfurt.
- Welz, S., 1986: *Boom ohne Arbeitsplätze*. Köln.